

Anton Maegerle

Israel im Visier III

Kritiker und Gegner von links und rechts (Mai bis Juli 2013)

Am 1. Mai marschierten Neonazis in mehreren bundesdeutschen Städten auf. Eine dieser braunen Veranstaltungen wurde im fränkischen Würzburg abgehalten. Der Tag der Arbeit, schon immer Ausdruck von Freiheit und Gerechtigkeitswillen, wird seit Jahren von Neonazis ideologisch missbraucht. Rund 250 Aktive aus dem Umfeld der Neonazi-Organisation »Freies Netz Süd« (FNS) waren in Würzburg aufmarschiert. Gebrüllt wurden Parolen wie »Alles für Volk, Rasse und Nation« oder »Palästina hilf uns doch, Israel gibt's immer noch«. Einer der Kampfredner dieser Demonstration war der stellvertretende Berliner NPD-Vorsitzende Uwe Meenen, Mitbegründer des antisemitischen Theoriezirkels »Deutsches Kolleg«. In dessen »Ausrufung des Aufstandes der Anständigen« heißt es: »Das Deutsche Kolleg verlangt das Verbot der jüdischen Gemeinden«. Gefordert wird »das Verbot aller vom jüdischen Volksgeist beeinflussten Vereinigungen und Einrichtungen«, da der »Judaismus« eine »tödliche Gefahr für die Völker« sei. Auf Anweisung des bayerischen Innenministeriums durchsuchten am 10. Juli rund 700 Polizeibeamte mehr als 70 Wohnungen und Arbeitsstätten führender FNS-Aktivisten. Es war die bislang größte vereinsrechtliche Aktion gegen die Neonazi-Szene in Bayern. Hinter dem »Freien Netz Süd« stehen rund 20 Neonazi-Kameradschaften aus Bayern mit einem Mobilisierungspotenzial von rund 300 Personen.

*

In einer Meinungsumfrage der BBC nach den beliebtesten Ländern weltweit belegte Israel den viertletzten Platz. Deutschland steht mit 59 Prozent auf Platz 1. 26.000 Personen aus 25 Ländern sollten unter 16 Ländern weltweit entscheiden. Israel landete auf Platz 14. 52 Prozent der Befragten, zwei Prozentpunkte mehr als bei der Umfrage im Vorjahr, bewerteten den Einfluss des jüdischen Staates auf die Welt als negativ, nur 21 Prozent als positiv. Noch weniger angesehen sind nur Nordkorea, Pakistan und der Iran. Der am 30. Januar (!) 2013 gegründete Wuppertaler Kreisverband der Neonazi-Partei »Die Rechte« kommentierte das Ranking mit den Worten: »Mag das Ergebnis uns auch nicht wirklich überraschen, so kann man davon ausgehen, daß BILD und Co auch weiterhin dem Volk erzählen werden, Deutschland sei das furchtbarste Land der Welt und muss demzufolge weiterhin für alles geradestehen, während Israel das Paradies der Menschenliebe schlechthin ist.« Der Landesverband und die Kreisverbände der Partei »Die Rechte« sind im Visier der nordrhein-westfälischen Sicherheitsbehörden. Verfassungsschutz und Polizei sehen in dem Landesverband ein Auffangbecken für die verbotenen Kameradschaften. »Das wird an den Mitgliedern und der Führungsstruktur deutlich. Hier gibt es deutliche Überschneidungen«, so der

nordrhein-westfälische Innenminister Ralf Jäger (SPD) bei einer Pressekonferenz im März in Düsseldorf.

*

Israel drohe dem Iran »offen mit Vernichtung und Auslöschung«, so ist es auf der Homepage der nationalrevolutionären Gruppierung »Sache des Volkes« (SdV) zu lesen. In dem namentlich nicht gekennzeichneten Artikel »Holocaust-Politiker« wird beklagt, dass »die Israellobby« »auch in Deutschland« für einen »geplanten nuklearen Holocaust an dem iranischen Volk« werben solle. Israel, so der rechtsextreme Pseudonymus, sei ein »Zionistenstaat«, der »den Imperialisten als besonders aggressiver Vorposten im Nahen Osten« diene und »als solcher ein ständiges Friedenshindernis in der Region« sei. Solidaritätsbekundungen aus rechtsextremen Kreisen für den Iran sind seit Jahren en vogue. Der ehemalige iranische Präsident Mahmud Ahmadinedschad wurde in einem Neonazi-Song gar als »Sonne« gepriesen. Auch dessen Nachfolger, der angeblich gemäßigte Hassan Rohani, wird sich der Sympathie aus braunen Kreisen sicher sein können, hat Rohani Israel doch erst vergangenes Jahr als »großen zionistischen Satan« diffamiert.

Als Chefideologe des 2008 gegründeten Gesprächskreises »Sache des Volkes« gilt Jürgen Schwab, vormals NPD-Cheftheoretiker. Im NPD-Parteiorgan »Deutsche Stimme« führte Schwab einst aus: »Der Parlamentarismus dient dem alliierten Sieger dazu, eine am Gemeinwohl des Staatsvolkes orientierte Regierungspolitik beim Besiegten präventiv zu verhindern. Das Parlament ist das Instrument der internationalen Oligarchie, der Ort für die Erfüllungspolitik nationalvergessener Angehöriger der ›westlichen Wertegemeinschaft‹. Mit dem Sturz der amerikanischen Weltherrschaft wird auch die ›Demokratie‹, die keine Volkssouveränität kennt, endlich verschwinden.«

*

Über »verbrecherische Haftbedingungen im zionistischen Gebilde« orakelte ein Text auf der Homepage der Neonazi-Organisation »Freies Netz Süd«. Angaben der Neonazis zufolge würden die »entmenschten Besatzer« in ihren »zionistischen Haftanstalten« palästinensische Gefangene vor ihrer Entlassung mit Viren infizieren. Die Entlassenen würden dann an »rätselhaften und unheilbaren Krankheiten« leiden und an den Folgen »elend krepieren.« Der Text endet mit den Zeilen: »Doch die zahllosen Rufe nach internationalen Untersuchungen in den Zionisten-KZ's werden wohl genauso ungehört verhallen, wie alle anderen Anklagen gegen das zionistische Gebilde, das die UN-Veto-Macht USA hinter sich weiß und eine enttarnte Reformkommunistin und ehemalige FDJ-Sekretärin, die den Erhalt des Terrorregimes als bundesdeutsche Staatsräson proklamierte.« Menschenversuche gab es in nationalsozialistischen Konzentrationslagern. Diese Verbrechen waren Gegenstand des Nürnberger Ärzteprozesses und führten zur Verabschiedung des Nürnberger Kodex medizinischer Ethik. Ob die Neonazis da etwas verwechseln?

*

»Israel injiziert palästinensischen Gefangenen vor ihrer Freilassung ›gefährliche Viren‹« verkündete auch »Kopp online« (Untertitel: »Informationen, die Ihnen die Augen öffnen«). Der Online-dienst gehört zum Imperium des im baden-württembergischen Rottenburg am Neckar beheimateten Kopp Verlags. Der Kopp Verlag ist das derzeit ökonomisch erfolgreichste Unternehmen für eine Popularisierung aktueller und traditioneller Verschwörungstheorien und die Verbreitung rechtspopulistischer und rassistischer Weltansichten. Im Verlagsortiment bzw. dem Versandangebot finden sich Bücher wie »Ufos«, »Raumenergie«, »Handbuch der Krebsheilung«, »Blick in die Ewigkeit«, »Ihre Wohnung als Kraftort«, »Das Orakel«, »Das elfte Gebot: Israel darf alles« von Evelyn Hecht-Galinski sowie geschichtsrevisionistische Machwerke wie »Die Lügen der Alliierten und die deutschen Wunderwaffen«, »Der Krieg, der viele Väter hatte«, »Die Waffen-SS« oder »Hitler überlebte in Argentinien«. Für Weltuntergangsphantasten werden ein »Apocalypse 90-Tage-Paket« (mit Fleischgerichten) für schlappe 1015 Euro oder Schlagstöcke zur Selbstverteidigung und Pfefferspray gegen Angreifer angeboten.

*

Die rechtspopulistischen »pro«-Gruppierungen wie pro Deutschland, pro NRW und pro Köln wollen offiziell mit Antisemitismus nichts zu schaffen haben und sich so von der NPD und konkurrierenden Neonazi-Gruppen abgrenzen. Das ist jedenfalls die offizielle Position. Facebook-Einträge von pro Deutschland-Bundesgeschäftsführer Lars Seidensticker lassen Zweifel aufkommen. »Im Grunde genommen ist Israel ein Terrorstaat«, ließ Seidensticker wissen. Und: »Ohne Israel wäre dort [gemeint ist der Nahe Osten] schon lange Frieden!« Es werde Zeit, so der pro-Deutschland-Funktionär im Mai, »das israelische Regime in die Schranken zu weisen!« Pro Deutschland, 2005 gegründet, nimmt am 22. September an der Wahl zum 18. Deutschen Bundestag teil. Vorsitzender der Partei ist Manfred Rouhs, einst Bundestagskandidat der NPD.

*

Die Bundesregierung sprach sich im Juni in der Beantwortung einer Kleinen Anfrage der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen für eine Kennzeichnung israelischer Produkte aus dem Westjordanland aus. Die Regierung teilte mit, im Westjordanland hergestellte Produkte dürften nicht länger die Kennzeichnung »Made in Israel« tragen. Allein »für Produkte aus dem israelischen Staatsgebiet innerhalb der Grenzen von vor 1967« sei die Etikettierung »Made in Israel« zulässig, heißt es in der Antwort. Doch eine Kennzeichnung kommt einem Boykottaufruf und antiisraelischer Meinungsmache sehr nahe. Wer fordert eigentlich eine Kennzeichnungspflicht für chinesische Waren, die aus dem Tibet stammen?

*

Im Juni stellte Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) den Verfassungsschutzbericht des Bundes für das Berichtsjahr 2012 vor. Im Kapitel Rechtsextremismus wird über antizionis-

tischen Antisemitismus informiert: »Der antizionistische Antisemitismus zeigt sich vor allem in der kategorischen Ablehnung des Staates Israel. Unter dem Deckmantel der Kritik an Israel stellen Rechtsextremisten das Existenzrecht Israels infrage und verschleiern dabei ihre grundsätzliche Ablehnung des Judentums. Indem sie die israelische Politik gegenüber den Palästinensern mit den nationalsozialistischen Verbrechen an den Juden gleichsetzen, versuchen sie zudem, die Gräueltaten während des NS-Regimes zu relativieren.« Als Beleg dieser Relativierung wird ein Text der Neonazi-Internetplattform »Altermedia« dokumentiert. Darin lassen die unbekanntenen Schreiber ihrem Hass gegen Israel freien Lauf: »Die Tage reiste der neue Bundespräsident Joachim Gauck zu den üblich ritualisierten Anbiederungsversuchen ins besetzte Palästina. Dabei versicherte das bundesdeutsche Staatsoberhaupt dem zionistischen Gebilde gebetsmühlenartig erneut das vermeintliche Existenzrecht zu, als hätte er darüber zu befinden. Per Scheckbuch-Diplomatie wurden bereits vor dem Gastspiel Gaucks deutsche U-Boote an die kriegslüsterne Mischpoke geliefert.«

*

Gern gesehener Interviewpartner in rechtsextremen Kreisen ist der 1955 im rheinland-pfälzischen Kaiserslautern geborene und seit Jahren im belgischen Antwerpen wohnende Reuven Israel Cabelmann, Sprecher der ultraorthodoxen Sekte Neturei Karta (Wächter der Stadt) für den deutschsprachigen Raum. Cabelmann stand der Juli-Ausgabe des NPD-Parteiorgans »Deutsche Stimme« Rede und Antwort. Ganz im Sinne der nationaldemokratischen Israel-Hasser führte Cabelmann aus: »Jeder weiß doch, selbst der eingefleischte Zionist weiß es, daß der Staat Israel ein Fremdkörper innerhalb des arabisch geprägten Nahen Ostens ist, der mit seinen europäisch-amerikanisch geprägten Vorstellungen einer westlich-liberalistischen Werteideologie dort einfach nicht hinpaßt und gegen den Willen der indigenen Bevölkerung ... gewaltsam geschaffen worden ist.« Ein »Staatsgebilde« wie Israel, so Cabelmann, das sich »nur durch brutale Gewalt, modernste Waffentechnologie, Trennmauern, ethnische Säuberungen und Vertreibungen halten kann, ist einfach zum Untergang verdammt. Das kann auf Dauer einfach nicht funktionieren.« Cabelmann wünscht sich die »Auflösung des zionistischen Staates«, da dann die »Bedrohung des Weltfriedens ... massiv entschärft« würde. »Große Teile des weltweiten Anti-Terror-Feldzuges würden unnötig werden, da der Terror größtenteils durch die Existenz des ›Israel-Staates‹ verursacht und motiviert ist.« Cabelmann weiter: »Die Hauptursache des weltweiten Antisemitismus, nämlich das freche und arrogante Verhalten des Zionisten-Staates gegen Menschen, Regierungen und Völker sowie die Grausamkeiten gegen seine arabischen Untertanen, würde durch die Auflösung des Zionistenstaates aus der Welt geschafft sein.« Angesprochen auf ein drohendes Verbot der NPD meinte Cabelmann: »Warum sollte ich die NPD verboten sehen wollen? Gibt es dafür einen Grund? Ihre Partei hat ein Statut, ein Programm und nimmt seit Jahrzehnten an demokratischen Wahlen zu Parlamenten teil. Daß der Zentralrat sich in derlei Fragen hervortut und sogar Forderungen an Bundesregierung und Bundestag stellt, ist unerträglich, absolut inakzeptabel und nur zum Schaden für uns Juden.«

Die Anhänger der 1938 in Jerusalem gegründeten Sekte Neturei Karta glauben, dass die Grün-

dung des Staates Israel ohne göttliche Einmischung eine Sünde sei. Bis Gott den Messias schickt, sollten Juden im Heiligen Land nicht herrschen, so das Credo der Gruppe. Im Juni 2012 haben israelische Behörden drei Anhänger von Neturei Karta verhaftet. Diese hatten zuvor die Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem sowie zwei Mahnmale für gefallene israelische Soldaten mit Sprüchen in hebräischer Sprache wie »Hitler, danke für den Holocaust« und »Die Zionisten wollten den Holocaust« beschmiert.

*

In »Freiheit und Recht«, der Halbjahresschrift des Bunds Widerstand und Verfolgung (BWV-Bayern) e.V., wurde in der Juni-Ausgabe ein Artikel mit dem Titel »Schulbücher schüren Vorurteile gegen Israel« veröffentlicht. Darin wird konstatiert: »Viele Geschichtsbücher enthalten zum Nahost-Konflikt massive verbale Exzesse, Fehler und Auslassungen, sie vermitteln demnach oft Einseitigkeit, und zwar bei der Darstellung, der Auswahl der Quellen und der Auswahl der zitierten Experten. So stützen sie vielfach die bestehenden Vorurteile oder schaffen sie erst.« »Freiheit und Recht« zieht das Resümee: »Durch diese Art der Darstellung werden Verständnis und Sympathie einseitig für die Palästinenser geweckt, wenn nicht gar eine Solidarisierung.«

*

Die »Süddeutsche Zeitung« druckte am 2. Juli in ihrer Rubrik »Das politische Buch« einen Artikel des Journalisten Heiko Flottau. Der Text trug den Titel »Der Niedergang des liberalen Zionismus« und befasste sich mit zwei jüngst veröffentlichten Publikationen zum jüdischen Staat. Illustriert wurden die Zeilen mit der Abbildung eines menschenähnlichen Monsters mit einem großen Kopf, einem breiten Maul, abstehenden Ohren und zwei Hörnern auf der Stirn, das im Bett auf sein Frühstück wartet. In der linken hält es eine Gabel, in der rechten Hand ein Messer. Vor dem Monster steht eine weibliche Gestalt, offenbar eine Art Hauswirtschafterin des Dämons, mit einem reichlich beladenen Tablett, über das sich der Widerling gleich hermachen wird. In der Bildunterzeile liest man: »Deutschland serviert. Seit Jahrzehnten wird Israel, teils umsonst, mit Waffen versorgt. Israels Feinde halten das Land für einen gefräßigen Moloch.«

Ohne die Karikatur wäre an dem Text nichts auszusetzen, und ohne den Text wäre das Bild harmlos. Erst die Kombination von Illustration, Text und Bildunterschrift macht daraus übelste antijüdische Hetze. Der raffgeile Jude, ein antisemitisches Klischee par excellence. So sieht er also aus, der »Niedergang des liberalen Zionismus«. Doch: Der Zeichner Ernst Kahl hatte das Bild vor Jahren in einem völlig anderen Kontext für die Zeitschrift »Der Feinschmecker« angefertigt, ohne jeglichen Bezug zu Israel. Die »Süddeutsche Zeitung« bequeme sich erst nach einer weithin kritischen Berichterstattung zu einem lauen Eingeständnis: »Die Veröffentlichung der Zeichnung in diesem Kontext war ein Fehler.«

*

Am 6. Juli sollte eigentlich ein Testspiel zwischen den Fußballvereinen Energie Cottbus und Maccabi Tel Aviv stattfinden, im Rahmen ihrer Trainingslager in Österreich. Doch die lokalen Behörden untersagten das Spiel aus Sicherheitsgründen. Von der Polizei aus Brandenburg hatten die österreichischen Behörden zuvor die Information erhalten, rechtsextreme Anhänger von Energie Cottbus, namentlich die 1999 gegründete Gruppe »Inferno 99«, seien in einem Reisebus unterwegs in Richtung Spielort. In den Reihen der bis zu 150 Anhänger zählenden Fangruppierung »Inferno 99« tummeln sich rund 50 Rechtsextremisten. Man pflegt bundesweit Kontakte zu anderen rechtsextremen Problemfanggruppen, darunter den »NS-Boys« des Chemnitzer FC. Eine Führungsperson von »Inferno 99« war Mitbegründer und treibende Kraft des 2012 verbotenen Neonazi-Netzwerkes »Widerstand Südbrandenburg«. Bundesweite Schlagzeilen lieferte die Gruppe im November 2005, als Mitglieder bei einem Auswärtsspiel das sogenannte Judentransparent mit antisemitischer und rassistischer Zielstellung entrollten.

*

In »Kirche und Israel. Neukirchener Theologische Zeitschrift« (Heft 1/2013) ist ein mehrseitiger Artikel unter der Überschrift »Israelkritik oder Antisemitismus? Kriterien für eine Unterscheidung« (www.kirche-und-israel.de/index.php?option=com_content&view=article&id=160&Itemid=5) erschienen. Autor des sehr lesenswerten Aufsatzes ist der Antisemitismusforscher Samuel Salzborn, Professor für Grundlagen der Sozialwissenschaften am Institut für Politikwissenschaft der Georg-August-Universität Göttingen. Salzborn konstatiert: »Über kaum ein anderes Land der Welt wird in deutschsprachigen Medien so umfangreich, so intensiv und so kritisch berichtet wie über Israel. Und mehr noch: Fast keiner dieser Berichte führt zu der Kritik, antisemitisch zu sein.« Antisemitismus, so Salzborn, drücke sich jedoch nicht erst in Taten, sondern gleichermaßen in Worten aus. Er finde sich in allen Teilen der Gesellschaft und allen politischen Spektren, so der Antisemitismusforscher. Intensiv beleuchtet Salzborn in seiner Studie die »Elemente des antizionistischen Antisemitismus« und den »Internationalen Antisemitismus der BDS-Kampagne«. Antizionistischen Antisemitismus definiert Salzborn als »Ausdruck desjenigen antisemitischen Ressentiments, das sich seine Projektionsfläche im Staat Israel, der Idee des Zionismus und/oder der Politik Israels sucht.« Salzborn weiter: »Er ist und bleibt, ohne Wenn und Aber, Antisemitismus – der sich eben lediglich mit einer bestimmten Projektionsorientierung artikuliert« und »in einer Weise äußert, die auf eine Umwegkommunikation verweist, in der andere Formen antisemitischer Ressentiments auf einem kommunikativen Umweg artikuliert werden, der öffentlich weit weniger oder gar nicht sanktioniert wird.« Als Kernbestandteile eines antizionistischen Antisemitismus gelten laut Arbeitsdefinition der Europäischen Union:

- »Das Abstreiten des Rechts des jüdischen Volkes auf Selbstbestimmung, z. B. durch die Behauptung, die Existenz des Staates Israel sei ein rassistisches Unterfangen.
- Die Anwendung doppelter Standards, indem man von Israel ein Verhalten fordert, das von keinem anderen demokratischen Staat erwartet und verlangt wird.

- Das Verwenden von Symbolen und Bildern, die mit traditionellem Antisemitismus in Verbindung stehen (z. B. der Vorwurf des Christismordes oder die Ritualmordlegende), um Israel oder die Israelis zu beschreiben.
- Vergleiche der aktuellen israelischen Politik mit der Politik der Nationalsozialisten.
- Das Bestreben, alle Juden kollektiv für Handlungen des Staates Israel verantwortlich zu machen.«

Als Beispiel einer einflussreichen antisemitischen Kampagne gegen Israel, die strukturell von Kritik unterschieden werden kann, wertet Salzborn die BDS-Kampagne. Die Abkürzung BDS steht für »Boycott, Divestment and Sanctions« und verfolgt das Ziel, Israel international zu diskreditieren und zu delegitimieren. Salzborn hinterfragt kritisch, dass die BDS-Bewegung sich in ihrer Kampagne zur Selbstlegitimation explizit auf den »Kampf der Südafrikaner gegen die Apartheid« bezieht. Dies sei »doppelt falsch«, weil Israel keine ethnisch diskriminierende Staatsangehörigkeitsregelung habe und im Gegensatz zum ehemals rassistischen Südafrika kein autoritäres Regime sei, sondern die einzige funktionierende Demokratie in der Region. Der Forscher stuft die BDS-Kampagne folgerichtig als eine »moralisch imprägnierte palästinensische Interessenartikulation« ein, »mit der international der politische Druck auf Israel erhöht und die palästinensische Politik flankiert werden soll.«